

Die Fraktion DIE LINKE. im Kreistag informiert über die vergangene Sitzung

EDITORIAL

Geprägt wurde die letzte Kreistagssitzung von den Haushaltsberatungen. Es war zwar schon März, dennoch wurde der Haushalt für den Landkreis Göttingen erst jetzt beschlossen, da es sich um einen Doppelhaushalt für 2023 und 2024 handelt. Zu einem offenen Schlagabtausch kam es aber erst beim letzten TOP, als es um die Schließungspläne der Sparkasse ging.

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag
Kreishaus, Zi. 66
Reinhäuser Landstr. 4
37083 Göttingen
Tel 05 51-525 2108

dielinke@landkreisgoettingen.de
dielinke-goettingen.de/kreistag

TOP 17 - Neuauflage des Jüdischen Gedenkbuchs

Wie wir bereits berichteten, plant der Landkreis eine überarbeitete Neuauflage des Jüdischen Gedenkbuchs, in den zukünftig auch Schicksale aus dem Altkreis Osterode aufgenommen werden sollen.

Eckhard Fascher begrüßte für unsere Fraktion dieses Vorhaben und erinnerte daran, dass die Initiative dazu in der vorherigen Wahlperiode von unserer Kreistagsgruppe ausgegangen sei. Seinerzeit hatte vor allem Hans-Georg Schwedhelm in der Erinnerungskultur vielfältige Ideen eingebracht.

Die SPD-Abgeordnete Dagmar Schlapheit-Beck gab einen kurzen Überblick über die Verfolgung der jüdischen Mitbürger nach 1933 - Göttingen war bereits zuvor zu einer NSDAP-Hochburg aufgestiegen. Die erste Auflage des Buches 1992 habe dann den Opfern ein Gesicht gegeben.

Neben dem Gedenkbuch wird es zudem eine Online-Datenbank geben, die laufend aktualisiert werden soll. Eckhard Fascher wertete die Beschlussfassung somit als „guten Tag für die Gedenkkultur“.

TOP 21 - Haushalt 2023/2024

Nachdem es in den vergangenen Jahren bei den Haushaltsberatungen stets zu Ergebnissen kam, die von der LINKEN nicht mitgetragen werden konnten, gab es diesmal zum Teil positive Entwicklungen.

So wurde diesmal beim Stellenplan mit dem Personalrat das Benehmen hergestellt, was mit dazu führte, dass DIE LINKE diesem schließlich zustimmen konnte. Anders als die CDU sind wir der Meinung, dass nicht primär Stellen einsparen wichtig ist, sondern es darum geht, dass die Verwaltung ihre Aufgaben erfüllen kann, was angesichts der Bewerbersituation immer schwieriger wird. Auch dürfen Reformen nicht zu Lasten der Kommunen gehen, indem sie wie beim Wohngeld erheblichen Stellenbedarf erzeugen, wie Eckhard Fascher in seiner Haushaltsrede deutlich machte. Erfreulich ist demzufolge, dass bei den Haushaltsberatungen etliche notwendige davor unberücksichtigte Stellen noch in den Stellenplan hinein gestimmt worden. So ist auch die Schaffung einer halben Stelle für das Diversitätsmanagement erfreulich, wie wir es auch gefordert hatten.

Auch eine halbe Stelle zur Vorbereitung einer Kommunalen Antidiskriminierungsstelle ist von der Mehrheitsgruppe in den Stellenplan hinein gestimmt worden, was wir sehr begrüßen. Jedoch ist dabei der Sperrvermerk nicht nachvollziehbar. Dieser sieht die Stelle nur vor, wenn sie für die beantragte Förderung des gemeinsamen Projekts mit der Stadt Göttingen unbedingt erforderlich ist. Wir fordern eine ganze Stelle ohne Sperrvermerk.

Dem Haushaltsplan selber konnte DIE LINKE dann allerdings nicht zustimmen. Zwar wurden während der Beratungen noch einige Verbesserungen umgesetzt, so etwa, dass die Tafeln erstmals für 2023 einen Zuschuss von 25.000 Euro bekommen sollen, den sie dringend benötigen, um weiterhin den Ärmsten der Armen helfen zu können. Diese leiden unter den Rückgang der Lebensmittelspenden. Dagegen scheint uns die von der Verwaltungsspitze angeregte Festsetzung der freiwilligen Leistungen auf 1,6% bei einem noch ausgeglichenen Haushalt willkürlich. Unbefriedigend auch das Ziel lediglich jährlich 25 sozial geförderte Wohnungen zu schaffen. Wir fordern 100. Auch wenn dies immer schwieriger wird, ist es angesichts der Wohnraumknappheit erforderlich. Umso unverständlicher, dass die Verfügungsmittel für den Landrat und für Tagungen und Empfänge erhöht werden sollen. Da zahlreiche weitere Anträge von uns keine Berücksichtigung fanden, insbesondere im kulturellen Bereich, wurde der Haushalt von uns nicht mitgetragen.

TOP 34 - Resolution zur Sparkasse Göttingen

Nachdem die Sparkasse Göttingen vor einigen Wochen eine neue Schließungswelle bei Filialen und Geldautomaten angekündigt hatte, ertete sie Kritik von vielen Seiten und auch die Kreistagsfraktion DIE LINKE bezeichnete die Pläne in einer Pressemitteilung als völlig überzogen.

Die FWLG brachte nun in den Kreistag eine Resolution ein, in der gefordert wurde, die angekündigten Schließungen zurückzunehmen. DIE LINKE unterstützte diese Resolution, von der Mehrheitsgruppe sowie der CDU wurde die Resolution allerdings abgeschmettert.

Die Debatte über die Resolution nutzte Landrat Riethig dann für einen verbalen Frontalangriff auf die FWLG-Fraktionsvorsitzende Rüngeling, bei der der Gegenstand des Antrages völlig aus dem Blick geriet. Es wurden zwar zunächst die wirtschaftlichen Argumente nachvollziehbar vorgetragen, insgesamt präsentierte sich der Landrat aber dann mit derselben Dünnhäutigkeit, die auch seinen Vorgänger ausgezeichnet hatte.

Es ist als sehr zweifelhaft anzusehen, ob mit abweichenden Meinungen und Einschätzungen in einer solchen Art und Weise umgegangen werden sollte.